

Berlin, 09. März 2005

Ressorts Inland/ Politik/ Berlin
Presseerklärung

„Verbote rechtsextremer Gruppierungen können gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht ersetzen“

Die heute verkündeten Verbote der rechtsextremen „Kameradschaft Tor Berlin“ (KS Tor), der „Mädelgruppe“ der KS Tor und der „Berliner Alternative Südost“ (BASO) werden die Berliner rechtsextreme Szene bestenfalls kurzfristig verunsichern.

Durch Verbote rechtsextremer Organisationen oder Gesetzesverschärfungen zur Erschwerung rechtsextremer Aufmärsche kann zudem die gefährliche Illusion entstehen, gesellschaftliche Verantwortung könne an staatliches Handeln delegiert werden.

Vorangegangene Verbote rechtsextremer Organisationen – von „Sozialistischer Reichspartei“ (1953) bis „Skinheads Sächsische Schweiz“ (2001) – haben weder die Verankerung rechtsextremer Denkweisen in einem beträchtlichen Teil der deutschen Bevölkerung noch das Wiedererstarken rechtsextremer Organisationen verhindern können.

Bianca Klose, die Leiterin der MBR, kommt zu der Einschätzung: „Man darf sich mit diesen Verboten nichts vormachen, die aktionsorientierte und extrem wandlungsfähige Berliner Kameradschaftsszene wird sich von diesem Schlag erholen und umstrukturieren.“

Die vielfältigen Umbenennungen und Überschneidungen rechtsextremer Gruppierungen – KS Tor und ANB oder BASO und „Jugendinitiative Jugendzentrum Berlin-Südost“ – zeigen die Wandlungsfähigkeit des rechtsextremen Spektrums.

„Es ist davon auszugehen“, so Klose, „dass die Aktivisten der KS Tor und der BASO und deren personelles Umfeld ihre politische Arbeit in veränderten Konstellationen weiterführen werden. Die Trennschärfe zu anderen rechtsextremen Kameradschaften wie „Märkischer Heimatschutz“ (MHS) und „Vereinte Nationalisten Nordost“ (VNNO) ist aus Sicht der MBR von jeher gering gewesen.“

Perspektiven der Arbeit gegen Rechtsextremismus

Notwendig ist eine breite Debatte zum menschenrechtlich-demokratischen Selbstverständnis der medialen, staatlichen, parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Akteure. Bleibt diese aus, ist eine alleinige Fokussierung auf staatliches repressives Handeln kontraproduktiv.

Dazu Bianca Klose: „Die Arbeit der MBR in den Berliner Bezirken hat gezeigt, dass es der kontinuierlichen Positionierung gegen menschenverachtende Ideologien bedarf. Das Gegenteil von Rechtsextremismus ist Demokratie.“

Erforderlich ist:

- Unterstützung von Betroffenen rechtsextremer Übergriffe und Diskriminierung,
- Förderung von Zivilcourage und Zurückeroberung von „Angstzonen“ durch die demokratische Öffentlichkeit,
- Entwicklung sozialraumbezogener Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus
- Deutliche Positionierung/ Protest gegen rechtsextreme Aufmärsche und konsequente Nutzung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten
- Unterstützung nachhaltigen zivilgesellschaftlichen Engagements durch Verstärkung der Landes- und Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus